

Bürgerbelange nicht berücksichtigt

Initiativen-Sprecher Werner Altemöller zur 380-kV-Leitung



Die Bürgerinitiative und die an der Stromtrasse gelegenen Kommunen sowie der Landkreis kämpfen gemeinsam für das Erdkabel. Roland Weihrauch

Erdkabel oder Freileitung? Netzbetreiber Amprion plant den Bau einer Höchstspannungsleitung von Wehrendorf nach Gütersloh. Jetzt geht das Verfahren in die nächste Runde. Am 17. Oktober starten die sogenannten Erörterungstermine zur geplanten 380-kV-Leitung. So ist der Stand der Planung.

Worum geht es? Es geht um ein etwa 25 Kilometer langes Teilstück der 380-kV-Höchstspannungsleitung, die von Wehrendorf nach Gütersloh führt und im Osnabrücker Land von Wellingholzhausen bis zur Umspannanlage in Lüstringen führt. Die neue Leitung soll eine leistungsfähige Verbindung, die vorhandene 220-kV-Leitung zwischen den Umspannwerken in Wehrendorf, Osnabrück und Gütersloh, ersetzen.

Das Besondere an dem Projekt: Die geplante Trasse ist in dem Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) als Pilotvorhaben deklariert, das ausdrücklich den Einsatz von Erdkabeln vorsieht. Der Netzbetreiber setzt jedoch überwiegend auf Freileitungen, sehr zum Unmut der an der geplanten Trasse ansässigen Kommunen und des Landkreises Osnabrück.

Schon lange kämpft die Bürgerinitiative (BI) mit der Stadt Melle, der Gemeinde Hilter und dem Landkreis für die gesetzlich geschaffene Möglichkeit, anstelle einer Freileitung im Bereich Placke (Wellingholzhausen) und Borgloh ein Erdkabel zu verlegen. Dass die geplante Stromleitung dabei als eine der Pilottrassen in Deutschland in das entsprechende Gesetz aufgenommen wurde, bewertet die BI als ein wesentliches Etappenziel.

Die Pläne von Amprion: Netzbetreiber Amprion möchte jedoch den Großteil der neuen 380-kV-Leitung als Freileitung verlegen. So soll das Teilstück von Wellingholzhausen/Placke bis zur Kabelübergabestation Steingraben in Georgsmarienhütte als rund 17 Kilometer lange Freileitung an 51 Masten geführt werden. Von dort folgen neun Kilometer als Teilverkabelung bis zur Umspannstation Lüstringen. Aus Sicht des Netzbetreibers ist dies die „konfliktärmste Lösung“.

So argumentiert der Netzbetreiber: Der Abstand zum Siedlungsbereich in Wellingholzhausen/Placke werde fast verdoppelt und der Ortskern Borgloh durch eine großräumige Umgehung entlastet, betont Amprion. Die betroffenen Kommunen und die BI bewerten dies jedoch anders. Sie kämpfen seit Jahren für die Erdverkabelung.

Im Juni 2022 hat Amprion den Antrag auf Planfeststellung bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover eingereicht. In dessen Verlauf können Privatleute und die Träger öffentlicher Belange Einwendungen machen. Die Frist ist nun verstrichen. Ab Dienstag, 17. Oktober, be-

ginnt der Erörterungstermin.

Nahezu 300 Stellungnahmen und Einwendungen gingen im Rahmen der Auslegung der Pläne ein. Neben der BI haben auch unter anderem die Stadt Melle und der Landkreis Osnabrück Eingaben dazu gemacht.

Im Vorfeld des Erörterungstermins erneuert die BI ihre Kritik an den Plänen des Netzbetreibers. Initiativensprecher Werner Altemöller wirft Amprion in einer Pressemitteilung eine Verweigerungshaltung vor, die nicht nachvollziehbar sei und das Gelingen der Energiewende behindere. Schon 2018 hätten Grundstückseigentümer im Sinne eines zügigen und raumverträglichen Netzausbaues ihre Einwilligung für eine Erdverkabelung im Bereich Placke signalisiert.

Gesetze zum Naturschutz würden umgangen: Von der Planfeststellungsbehörde, die dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium zugeordnet ist, erwartet die BI eine eigenständige Entscheidung: „Genau das erwarten wir. Unsere Belange werden nicht ausreichend berücksichtigt“, äußert sich Werner Altemöller.

Die BI beklagt, dass Amprion den gesetzlich vorgeschriebenen Nachweis, eine Freileitung nur dann zu bauen, wenn eine Erdkabelvariante nicht genehmigungsfähig ist, im jetzigen Verfahrensschritt erneut nicht erbringe und damit nicht nur die Feststellung der Raumordnungsbehörde ignoriere: „Auch Gesetze und Verordnungen zum Landschaftsschutz, Naturschutz und Wasserschutz werden missachtet und umgangen, während diese doch für uns Bewohner und Grundstückseigentümer Bestand hatten und weiter haben“, heißt es in der Mitteilung weiter.

BI will ihre Einwendungen verteidigen: Die neue Trassenführung einer Freileitung werde darüber die Landschaft durch Abholzungen für neue Schutzstreifen und 70 Meter hohe Masten verändern: „Damit werden wir uns nicht zufriedengeben und gemeinsam mit Stadt und Landkreis beim Erörterungstermin unsere begründeten Einwendungen verteidigen. Weiter hoffen wir auf eine Entscheidung der Behörde, die Bürgerbeteiligung in ihre Entscheidung mit einfließen lässt und Amprion auf bestehende und gelebte Gesetze ohne Sonderregelungen verweist, da die Alternative der Erdverkabelung realisierbar ist“, unterstreicht der Sprecher der BI.

„Der ländliche Raum trägt die Lasten der Energiewende, die in jeder Hinsicht unterstützt wird, gerne. Flächeninanspruchnahme durch PV-Anlagen, der Bau neuer Windräder, der massive Ausbau bestehender Windräder, all das kann nur im ländlichen Raum stattfinden. Uns allen ist bewusst, dass ein Umdenken geboten ist. Allerdings erwarten wir zu Recht, dass unnötige und vermeidbare zusätzliche Belastungen minimiert werden, zumal technische Möglichkeiten ausreichend zur Verfügung stehen“, unterstreicht Altemöller.
